

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Portugal wartet

Die portugiesischen Wahlen haben stattgefunden, aber das Land verharrt, wie gesagt und gehabt, im politischen Stillstand. Es bestätigt sich (siehe letzte Nummer), dass man nicht vor den Präsidentschaftswahlen in drei Monaten aus der Pattsituation herauskommen wird.

Die Parlamentswahlen vom 6. Oktober brachten kein eindeutiges Ergebnis, und das bedeutet, dass die dringenden Probleme weiterhin ungelöst bleiben. Die Behörden gleichen in dieser Situation den Betrieben, die ihren Angestellten den Lohn zum Teil seit Monaten schuldig bleiben.

Das ist die Gesamtlage, obwohl die Gewichtverschiebungen innerhalb der Parteienlandschaft durchaus erheblich sind. Sie reichen indessen nicht für einen ersichtlichen Auftrag des Volkes aus. Die Kräfte heben einander weiterhin auf, nur in einer andern Verteilung als zuvor.

Die bis anhin regierenden Sozialisten (PSP) erlitten eine katastrophale Niederlage, und ihre früheren Koalitionspartner, die Sozialdemokraten (PSD), wurden zur stärksten Partei. Ihrerseits nahm die Partei zur Erneuerung der Demokratie (PRD), die dem bald abtretenden Staatspräsidenten Romalho Eanes nahesteht, gleich bei ihrem Debüt den dritten Platz ein und überflügelte die moskautreuen Kommunisten der Volksallianz (APU), die weiterhin an Boden verloren haben. An fünfter Stelle folgen die Christlichdemokraten (CDS).

Somit ergibt sich im 250köpfigen Parlament (Versammlung der Republik) folgende Sitzverteilung: PSP 54, PSD 88, PRD 48, APU 36 und CDS 20 Sitze. Die ausstehenden Mandate entfallen auf die im Ausland lebenden Portugiesen.

Die Sozialdemokraten (sie stehen rechts von den Sozialisten) werden die Regierung bilden, die sechzehnte seit dem Sturz des autoritären Regimes vor elf Jahren. Wer sich den Sozialdemokraten anschliesst, wenn überhaupt jemand, ist noch offen (zumindest zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen niedergeschrieben werden). Minderheitsregierungen tragen, wie die portugiesische Erfahrung bisher zeigte, den Keim der Instabilität in sich. Für die Sozialdemokraten kommt eine Neuaufgabe des Bündnisses mit den angeschlagenen Sozialisten nicht in Frage, ebensowenig mit der von der Kommunistischen Partei gelenkten APU. Auch reichen die 20 Mandate der Christlichdemokraten nicht für eine relative Mehrheit aus.

Es verbliebe die Erneuerungspartei, aber diese hat eine Koalition abgelehnt. Die PRD will sich um die «Sanierung» der nationalen Politik

bemühen, und zwar ausserhalb politischer Ämter.

So dürften die nächsten Wochen in Portugal von mühsamen, letztlich unfruchtbaren Koalitionsverhandlungen geprägt sein. Bleibt es bei einer Minderheitsregierung, so ist diese über kurz oder lang, und wohl eher über kurz, zum

Scheitern verurteilt. Dann wären wieder vorzeitige Wahlen fällig, was den ohnehin schon dichtgedrängten Wahlterminkalender noch mehr komplizieren würde: Für Dezember sind Kommunalwahlen angesetzt, im Januar wird ein neues Staatsoberhaupt gekürt, und danach müssen die Parlamentarier fürs Europäische Parlament in Strassburg gewählt werden... *jb*

Unsere Meinung

Achille Lauro . . .

Es gibt nicht wenige, die in diesen Tagen argumentieren, die Kaperung des italienischen Kreuzfahrtschiffes «Achille Lauro» durch palästinensische Terroristen sei die Antwort auf den «Staatsterrorismus» der Israeli. Gemeint und genannt wird die Bombardierung des Hauptquartiers der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei Tunis am 1. Oktober durch die israelische Luftwaffe. Das ist ein billiges Argument. Ursache und Wirkung werden verkannt, das heisst umgedreht.

Die Israeli bombardierten das PLO-Hauptquartier eine Woche nach einem PLO-Mordunternehmen in Larnaka auf Zypern. Sie übten Vergeltung, und zwar nach dem bekannten Motto «Auge um Auge, Zahn um Zahn».

Wie so oft in den vergangenen Jahren liess der Aufschrei des sogenannten Weltgewissens, des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UNO), nicht lange auf sich warten. Israel wurde verdammt, weil es keine Rücksicht auf die Souveränität fremder Staaten nehme und internationales Recht missachte.

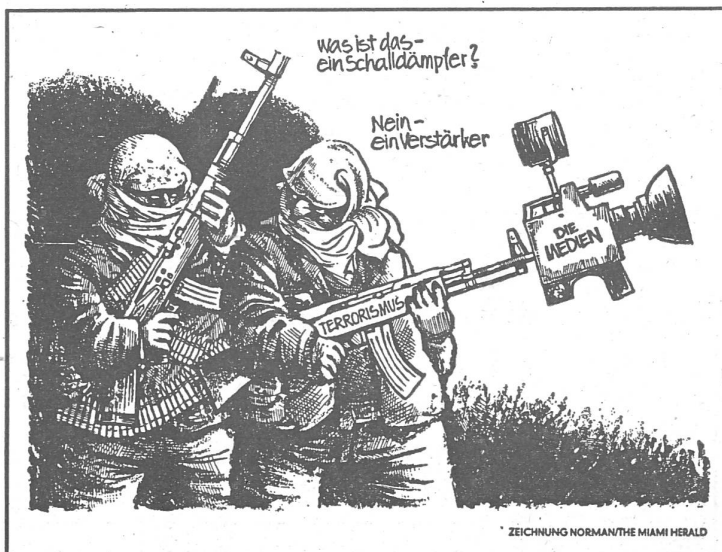
Bei all seinen bisherigen (und auch künftigen) Straf- und Stossunternehmen gegen terroristische Nester auf dem Territorium fremder Staaten hat Israel diese Vorwürfe nicht gelten lassen. Es stellt sich nämlich die Frage, ob nicht in Wahrheit die Gegenseite dauernd internationales Recht verletzt? Nach diesem Recht ist es Staaten untersagt, von ihrem Hoheitsgebiet aus feindselige Handlungen gegen andere Staaten – in diesem Fall Israel – zu dulden. Und auch das touristische Tunesien gewährt Terroristen Gastrecht.

Solange es Staaten gibt, die auf ihrem Hoheitsgebiet jene Nester unterhalten, aus denen terroristische Brut auszuschlüpfen pflegt, wird der Terrorismus immer wieder unschuldige Opfer fordern. Das gilt nicht nur für den palästinensischen Terrorismus (wobei wohl gemerkt nicht alle Palästinenser auch Terroristen und Mörder sind).

Es ist ein Teufelskreis. Er kann aber nicht dadurch durchbrochen werden, dass mit dem Finger nur auf Israel gezeigt wird. Gerade in den westlichen Demokratien sollte bedacht werden, dass sich alle arabischen Staaten – ausser Aegypten – nach wie vor im Kriegszustand mit Israel befinden. Deshalb unterstützen und dulden sie anti-israelischen Terrorismus.

Auch die Kaperung der «Achille Lauro» ist eine Folge davon. Die Gewalt ging und geht nicht von Israel aus. Der jüdische Staat hat nicht damit begonnen... ausser vielleicht für jene, die ihn allein schon wegen seiner Existenz verantwortlich machen (wollen)... *jb*

Karikatur aus «The Miami Herald» zum Terrorismus-Echo im Westen.



ZEICHNUNG NORMAN/THE MIAMI HERALD